

„Sollen wir vielleicht warten, bis alles zusammenfällt?“

Thema Schule: Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, im nB-Gespräch

Von Ingeborg Obi-Preuß

Braunschweig. „Schulden machen“, empfiehlt Manfred Pesditschek, „zumindest für die Bildung.“ Das ist eine seiner provokanten Thesen, mit denen er die kommunale Verantwortung für bessere Schulbildung untermauert.

Der Ist-Zustand:

Selbstverständlich sind die Abiturienten heute andere als die vor 20 oder 30 Jahren“, sagt Pesditschek, es hat sich eben viel verändert.“ So besuchten aktuell rund 50 Prozent eines Jahrgangs das Gymnasium, vor 30 Jahren seien es acht Prozent gewesen. Damals habe also nur die wirkliche Leistungsspitze das Abitur gemacht. Der Schwierigkeitsgrad des Abiturs hätte sich dadurch abgesenkt. Während damals vor allem vier bis fünf Kernfächer (Mathematik, Latein, Deutsch plus eine weitere Fremdsprache) unterrichtet wurden, seien es jetzt rund 14 Fächer. „Dazu kommt, dass der Stoffplan nie entrümpelt wurde“, sagt Pesditschek, vor allem in den oberen Klassen sei die zu vermittelnde Stoffmenge gigantisch.

Auch bei den Schulanfängern seien heute mehr und andere Probleme und Defizite zu beobachten als noch vor zwanzig Jahren.

Die lange geltenden Rahmenrichtlinien seien durch einen „Katalog von Fähigkeiten“ ersetzt worden, was dazu führe, dass das Training von Basiswissen zurückfalle hinter Positionen wie „schön, dass wir mal darüber gesprochen haben.“

Der Beruf des Lehrers habe gelitten. Zwar gebe es noch viele engagierte, gute Lehrer, aber es ge-

be eben auch Lehrkräfte, die einfach nicht geeignet seien. „Viele talentierte junge Menschen, vor allem junge Männer, suchen sich andere Berufe mit besserem Image und besserem Gehalt“, sagt er, „die Wirtschaft weiß schon längst, dass man gute Leute auch gut bezahlen muss.“

Vorschläge:

„Die Stadt ist zuständig für die nötige Anzahl an Schulen und deren Ausstattung“, sagt Pesditschek. Zur Zeit liege der Bedarf dafür bei rund 200 Millionen Euro. „Mit dem aktuellen Schulsanierungsprogramm decken wir aber nur maximal 80 Millionen Euro ab“, rechnet der Oppositionsführer vor. Sein Vorschlag: „Mindestens das Lessinggymnasium und die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule müssten noch in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden“. Allein die Sanierung des Lessinggymnasium ist mit sieben Millionen Euro veranschlagt, die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule müsste vermutlich neu gebaut werden.

Für beide Projekte aber reicht das Geld nicht. „Dann müssen eben neue Schulden gemacht werden“, sagt Pesditschek. „Was sollen wir denn sonst tun?“, fragt er aufgebracht, „vielleicht warten, bis alles zusammenfällt oder bis die Stadt im Lotto gewinnt?“ Eine erneute Darlehensaufnahme dürfe kein Tabubruch sein.

Auch für die bereits angelaufenen Sanierungen müsste mehr Geld bereitgestellt werden. „Es ist doch ein Unding, dass aus finanziellen Gründen die alten Schiefertafeln wieder an die Wände kommen, statt moderner sogenannter Whiteboards“, nennt Pesditschek ein Beispiel. Die Einführung moderner Technik dürfe einfach nicht am Geld scheitern.



Manfred Pesditschek.

Foto: Susanne Hübner

Zumal in nur wenigen Jahren teurer nachgerüstet werden müsste.

Auch die Arbeit von Sozialarbeitern an Grund- und Hauptschulen sei auszubauen: „Zur Zeit finanzieren verschiedene Braunschweiger Stiftungen mehrere halbe Stellen, das Land hat die spätere Übernahme der Kosten zugesagt“, erzählt Pesditschek. Aber das Land sei auf Sparkurs, die Übernahme sei fraglich. Auch hier müsste die Kommune einspringen.

Eine weitere Forderung von ihm an die Kommune ist der Ganztagsbetrieb an allen Grundschulen. Die Betreuung sei hier wichtig, genauso wichtig aber auch ein größerer Anteil an Lehrerstunden. „An den Grundschulen wird das Fundament gelegt“, appelliert der Lehrer.

Lehrkräfte aber sind Ländersache, das sei ihm durchaus klar. „Ich bin selber hin- und hergerissen“, gibt Pesditschek zu, „eigentlich sehe ich die Übernahme von Landesaufgaben durch die Kommunen durchaus kritisch.“ Aber es gebe keine andere Möglichkeit. Dabei gehe Braunschweig be-

reits weit über das vorgeschriebene Maß hinaus in Vorleistung“, räumt Pesditschek ein, „diese Kosten belasten die Stadt schwer“, erkennt der Politiker an, aber dennoch: „Wir müssen die erforderlichen Strukturen auf kommunaler Ebene einfach durchsetzen, finanzieren und dann eben immer wieder versuchen, die Kosten ans Land zurückzugeben.“ Der Druck auf die Landesregierung müsse erhöht werden, sagt Pesditschek, „über alle Parteigrenzen hinweg.“

Auch solle die Stadt sich stärker dafür einsetzen, dass traditionelle Gymnasien und Gesamtschulen nebeneinander angeboten werden. „Niemand kann genau sagen, welche Schulform für die Zukunft die bessere ist, oder ob nicht auf Dauer beide bestehen bleiben sollten.“ Die Entscheidung, das Abitur nach zwölf Jahren zu machen, hält Pesditschek für richtig, an den Gesamtschulen allerdings sollte das Abitur erst nach 13 Jahren gemacht werden, „alles andere wäre Unsinn.“

Das Land habe beispielsweise auch versprochen, frei werdende Lehrerstunden aus den für demnächst zu erwartenden Schülerzahlen-Rückgängen und dem wegfallenden 13. Abiturschuljahr nicht zu streichen. „Darauf müssen wir bestehen und die frei werdenden Lehrerstunden auch an die Grundschulen weitergeben.“

Ihm sei aber durchaus klar, dass der ständige Finanzstreit zwischen Bund, Ländern und Kommunen seine Ursache in den dramatisch leeren Kassen habe. „Die öffentliche Hand ist chronisch unterfinanziert, der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt muss wieder steigen, mindestens für die Bildung“, sagt der Sozialdemokrat. Umso absurder seien die Steuersenkungspläne aus Berlin.